



Sachsens Innenminister sieht sich mit wachsendem Widerstand gegen seine Fusionspläne für eine einheitliche „Sächsische Hochschule“ konfrontiert und auch der Rückhalt in der Koalition schwindet. Foto: Sebastian Kahnert/dpa



Sachsen

🕒 24.09.2026 | 06:00

„Unbeherrschbares Konglomerat“: Droht Schusters Projekt einer sächsischen Staatshochschule das Aus?



Von Tobias Wolf

→ [zum Newsletter](#)



Freie Presse bei Google bevorzugen

Das Ministerium will Verwaltungs- und Polizeihochschule mit Justiz- und Feuerwehrausbildung fusionieren. Wie genau ist zwar unklar, dennoch soll es schnell gehen. Nun sieht sich der Minister mit offenem Widerstand konfrontiert.

Dresden. Der Brief an Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) hat es in sich. Ungewöhnlich scharf kritisiert der Senat der Verwaltungshochschule Meißen den Plan für eine neue „Sächsische Hochschule“ – ein zentrales Projekt der von CDU und SPD beschlossenen Staatsmodernisierung. Die Fusion der Verwaltungshochschule mit der Polizeihochschule, dem Justizausbildungszentrum Bobritzsch und der Landesfeuerwehrschule soll die Effizienz steigern und Kosten sparen.

Der Hochschulsenat spricht von einem „unbeherrschbaren Konglomerat“, der Plan würde den „Innovationsmotor abwürgen“, „den Hochschulcharakter weitgehend beseitigen“, und die behaupteten „ins Feld geführten Synergien“ entstammten „einer Zeit, die mit der heutigen fachlichen Realität nicht mehr vergleichbar ist“.

Die Hochschule, die Verwaltungs-, Justiz und Steuerexperten für 40 staatliche und kommunale Behörden ausbildet, habe moderne Studiengänge entwickelt, einen Fachbereich „Digitale Verwaltung“ gegründet und sich eine Position im bundesweiten Wissenschaftsbetrieb erarbeitet – teils „gegen den erklärten Willen des Ministeriums“. Mit der Eingliederung nicht-akademischer Einrichtungen drohe eine Nivellierung des wissenschaftlichen Status mit Folgen für Ansehen und Anerkennung von Abschlüssen.

Noch 2022 schloss Schuster eine Fusion aus

Statt schlanker Strukturen drohe mehr Bürokratie und eine weitere Leitungsebene. Ein gemeinsamer Campus ist jedoch nicht geplant. Auch aus der Polizei heißt es, so eine Großorganisation bringe eher keine Spareffekte. „Hier geht es ja nicht um die Erweiterung einer Fabrikproduktion“, sagt ein Beamter. Von einer „Vollkatastrophe“ ist die Rede. Die Polizeihochschule sei mitten in der x-ten Reform seit dem Prüfungsskandal von 2018, die zunächst konsolidiert werden müsse. Noch 2022 schloss Minister Schuster eine Fusion aus.

Kooperationen seien sinnvoll bei übergreifenden Lehrinhalten oder der Verwaltung, heißt es aus den Hochschulen, eine Zusammenlegung nicht. Zumal die Polizei spezielle Bedürfnisse habe wie die Schießausbildung. Das Studium sowie Aus- und Fortbildung seien Teil der Sicherheitsarchitektur des Freistaates“, schrieben die drei Polizeigewerkschaften gemeinsam an den Minister. „Sie müssen dauerhaft eng mit der polizeilichen Praxis und den Führungsstrukturen der sächsischen Polizei verbunden bleiben.“



In den vergangenen Jahren ist der Campus Polizeihochschule Rothenburg ausgebaut worden – zuletzt wurden drei neue Unterkünfte für 50,4 Millionen Euro errichtet. *Foto: Robert Michael/dpa*

Niemand bezweifle Handlungsbedarf und Sparzwänge, heißt es aus Hochschulkreisen. Aber nun solle eine Strategielücke wohl mit schnellen symbolpolitischen Fakten geschlossen werden, ohne das „hier und jetzt“ zu beachten. Es fehle an grundlegender Analyse und der Klärung von Auswirkungen durch die mit dem Projekt betraute Arbeitsgruppe des Ministeriums.

Auch der Senat der Polizeihochschule lehnt Fusion ab

Es werde mit Druck von oben ein Projekt „mit heißer Nadel gestrickt und durchgepeitscht“, von dem völlig unklar sei, was es bringen soll, heißt es in Polizeiführungskreisen. Fast ein Jahr habe die Projektgruppe im Geheimen gearbeitet. „Ob die Leute das mitmachen steht und fällt damit, ob sie wissen, was das Ziel ist.“

Daran entzündete sich wohl auch der Ärger, der Schuster Anfang September bei einer Sitzung mit betroffenen Einrichtungen entgegenschlug. Von „beinahe tumultartigen Szenen“ ist die Rede, von Fassungslosigkeit über „instinktloses Vorgehen“. Erst jener Termin soll Auslöser für den Brief aus Meißen gewesen sein, der sogar die „Beendigung dieses Prozesses“ forderte. Am Mittwochabend

stimmte auch der Senat der Polizeihochschule für die Ablehnung der Fusion.

Die Gewerkschaften schrieben Schuster: „Bei einer Reform dieser Größenordnung reicht es nicht aus, erst dann das Gespräch zu suchen, wenn wesentliche Entscheidungen bereits vorbereitet sind.“ Auch sie erhielten erst jüngst Einblicke in das Projekt. Demnach gäbe es kein Einsparpotenzial bei Studium und Ausbildung. Teils sei sogar mit Zusatzkosten zu rechnen.

Ministerium schweigt zu Effekten und Einsparungen

Das Ministerium äußert sich nicht zu möglichen Effekten, Einsparungen oder der Kritikwelle. Ein Sprecher verwies aber auf einen „noch nicht abgeschlossenen Prozess, der in den kommenden Wochen weitere Gespräche, vor allem mit den Senaten und Personalräten, erfordert“. Ursprünglich sollte das Projekt inklusive erster Gesetzentwürfe Ende September festgezurrert werden.

In der Landespolitik könnte es nun einsam um Schuster werden. Aus Koalitionskreisen heißt es, der Druck steige, weil er schon im ersten Anlauf mit einer Idee scheitere, die allein er habe.

Für eine Reform bräuchte es auch Stimmen der Opposition. „Ich habe das Gefühl, dass die Staatsregierung nicht mit den Betroffenen spricht, sondern das über deren Köpfe hinweg macht“, sagt Linken-Innenpolitiker Rico Gebhardt. „Wie beim Staatsmodernisierungspaket wird nicht beantwortet oder offengelegt, was das Ziel sein soll und welche Einsparungsziele damit verbunden sind.“

Der Grünen-Innenexperte Valentin Lippmann hält es zwar für richtig, Verwaltungs- und Polizeihochschule zusammen zu denken. „Mit dem planlosen Umkleben von Türschildern“ sei aber keinem geholfen. „Wir machen keine Behördenfusion um der bloßen Behördenfusion willen mit, bei der schlussendlich Mammutstrukturen ohne erkennbares Ziel entstehen.“

Prestigeprojekt Hochschule nicht mehr Teil der Staatsmodernisierung?

SPD-Innenpolitiker Albrecht Pallas sagt, er sei angesichts der Wortmeldungen einigermaßen erschrocken. „Ich fordere alle Beteiligten auf, die konkret vorgebrachten Kritikpunkte auszuräumen, bevor entschieden werden kann, ob man das Vorhaben überhaupt weiterverfolgt.“

Auch in der CDU-Fraktion ist man alarmiert, hält sich aber mit offener Kritik noch zurück. Es müsse aber geklärt sein, was ohne Verschlechterung der Ausbildung möglich sei. „Nicht einfach: wir machen das mal und irgendwann wird es Einsparungen geben“, sagt ein Fraktionsmitglied.

Klar sei aber auch, dass der Freistaat perspektivisch mit weniger Geld auskommen müsse. Man dürfe deshalb nicht nur die Bedenken in den Vordergrund stellen. Die Methode „wasch mich, aber mach mich nicht nass“ werde nicht funktionieren, sagt ein anderer Abgeordneter. Womöglich müsse man eine kleinere Lösung anstreben.

Inzwischen sei auch denkbar, das Schusters Prestigeprojekt ganz aus dem Prozess der Staatsmodernisierung herauszulösen, heißt es aus der Koalition.
(two)